

1.Beiblatt      Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.      21.Jänner 1950.

In Kaprun keine Entlassungen aus politischen Gründen.  
Eine Erklärung des Verkehrsministers.

27/A.B.  
zu 37/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

Auf <sup>eine</sup> Anfrage der Abg. N e u w i r t h und Genossen wegen ungerechter Kündigungen und Entlassungen aus politischen Gründen in verstaatlichten Betrieben, bzw. Grossbaustellen von Kraftwerkanlagen teilt Bundesminister für Verkehr Dipl.Ing. W a l d b r u n n e r mit:

In der Anfrage wird die Behauptung aufgestellt, dass in verstaatlichten Betrieben Kündigungen und Entlassungen aus politischen Gründen erfolgen und Anhänger des VdU einem offenen Terror ausgesetzt sind. Die von mir angeordneten Erhebungen haben ergeben, dass eine solche Behauptung durch nichts begründet erscheint. Der in der Anfrage besonders angeführte Fall von Entlassungen auf der Grossbaustelle der Kraftwerksanlage Kaprun verhält sich völlig anders, als ihn die Anfragesteller darstellen.

Auf der Grossbaustelle in Kaprun arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft privater Bauunternehmungen, die den Bauauftrag des bundes- und landeseigenen Unternehmens "Tauernkraftwerke A.G." ausführt. Diese Arbeitsgemeinschaft war, wie in jedem Winter, auch bei Einbruch der Winterperiode 1949/50 genötigt, namhafte Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Dabei ist es zu Differenzen zwischen der Bauleitung (ARGE Kaprun) einerseits und dem Betriebsrat und den Vertretern der Bauarbeitergewerkschaft anderseits gekommen. In einem Schreiben des Arbeiterbetriebsrates der ARGE Kaprun an den Direktor dieser Arbeitsgemeinschaft, das auf diesen Personalabbau Bezug nimmt, heisst es wörtlich:

"Der Arbeiterbetriebsrat hat mit Befremden feststellen müssen, dass er von Seiten der Firma ohne jede gesetzliche Grundlage nicht mehr anerkannt wird und die Entlassung infolge des Winterabbaues zum grössten Teil ohne Rücksprache, bzw. Zustimmung des Betriebsrates erfolgte. Es ist besonders zu bemerken, dass alte Kapruner Bauarbeiter (schon längere Jahre in Kaprun und wohnhaft in Werkswohnungen), verheiratet, auch mit mehreren Kindern, entlassen wurden, dagegen noch viele ausländische Arbeiter weiterbeschäftigt werden, sogar Vater und Sohn, die einen gemeinsamen Haushalt führen.

Ganz besonders protestiert der Arbeiterbetriebsrat gegen die Entlassung der beiden Betriebsräte Franz Springer und Heinrich Rieder, die gegen das österreichische Betriebsrätegesetz und ohne Zustimmung des Einigungsamtes gekündigt wurden."

2.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21.Jänner 1950.

Da an der Baustelle die soziale Ruhe gestört zu werden drohte, hat sich die Gewerkschaft der Bauarbeiter an mich gewendet, um zwischen Bauleitung und Betriebsrat zu vermitteln. Über diese Veranlassung hin fand unter meinem Vorsitz eine Aussprache zwischen dem leitenden Direktor der ARGE Kaprun, Herrn Rind, den Vertretern des Betriebsrates und der Bauarbeitergewerkschaft statt, bei der ich mich bemühte, insofern einen Ausgleich zu schaffen, dass Bauleitung und Betriebsrat die ganze, sicher für beide Teile schwierige Angelegenheit einvernehmlich lösen. Ich habe erklärt, dass die Baustelle Kaprun für Österreich von ganz besonderer wirtschaftlicher Bedeutung ist und die Störung der sozialen Ruhe natürlich von nachhaltigsten und schlechtesten Folgen für den Fortgang der Bauarbeiten und darüber hinaus für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sein müsste. Als Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, dem wohl nicht die ARGE Kaprun unmittelbar untersteht, dem aber die Entwicklung der österreichischen Energiewirtschaft anvertraut ist, müsste ich daher von den streitenden Teilen, insbesondere aber von der Bauleitung verlangen, dass die soziale Ruhe unbedingt aufrecht erhalten wird. Voraussetzung dafür wäre, dass in so entscheidenden Fragen, wie diesem grossen Personalabbau, das Einvernehmen mit dem Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft hergestellt wird, wozu ja auch das Betriebsrätegesetz verpflichtet. Die Teilnehmer an der Besprechung sagten zu, innerhalb einer Woche die Angelegenheit einer einvernehmlichen Lösung zuzuführen, womit für mich die ganze Angelegenheit erledigt war.

Es ist vollständig unrichtig, dass ich oder mein Vorgänger, Herr Bundesminister Dr. Alfred Migsch, noch dass der Sozialreferent Karl Lux oder irgend ein anderer Angestellter des Ministeriums eine Entlassungsliste für die Grossbaustelle Kaprun zusammengestellt, eingereicht oder ausgesendet hätte. Ich persönlich habe auch in keine Entlassungsliste Einsicht genommen, weil ich es ablehne, ein Urteil über die Arbeitsleistung von Personen zu fällen, die ich gar nicht kenne, deren politisches und soziales Verhalten mir unbekannt ist und die mir weder direkt noch indirekt unterstehen.

Von einer weiteren Untersuchung sehe ich schon deswegen ab, weil weder mein Ministerium noch eines der meinem Ministerium unterstehenden Unternehmen mit dieser Angelegenheit weiter befasst war.

-.-.-